



Die Schwelle für Direktvergaben von öffentlicher Hand, etwa für Kläranlagen, soll erhöht werden, damit Aufträge schneller in den Planungsbüros ankommen, fordert Horst Lenz, Präsident der Ingenieurkammer Rheinland-Pfalz. Archivfoto: Klettr, stock.adobe

Ganze Branche lahmgelegt

Warum der Präsident der Ingenieurkammer seinen Berufsstand in Gefahr sieht

Von Ulrich Gerecke

MAINZ. Horst Lenz sieht „einen ganzen Berufsstand gefährdet“ – nämlich seinen. Lenz ist Präsident der Ingenieurkammer Rheinland-Pfalz und besitzt ein Planungsbüro in Winterspelt bei Prüm, kurz vor der belgischen Grenze. Die meisten Aufträge bekommt er von der öffentlichen Hand – Straßen, Kläranlagen et cetera. Normalerweise trudeln die vor allem zwischen März und Mai ein, wenn in den Kommunen die Vergabe-Hochsaison läuft. „Dieses Jahr habe ich meinen ersten Auftrag im Juni bekommen“, sagt Lenz. Corona hat auch seine Branche phasenweise lahmgelegt.

Deshalb fordert der Kammerchef nun Erleichterungen für seine Kollegen: Die Schwelle für Direktvergaben ohne Ausschreibung und Wettbewerb solle von 25 000 auf 100 000 Euro angehoben werden, damit Aufträge schneller in den Planungsbüros ankommen. 25 000 Euro Planungskosten entsprechen über den Daumen gepeilt rund 100 000 Euro Gesamtkosten – dafür könne heutzutage kaum noch ein

Projekt realisiert werden. Die Folge: Fast jede Vergabe bedarf eines langen Verfahrens.

Zudem sollten laut Lenz die Mindestsätze in der Honorarordnung für Architekten und Ingenieure (HOAI) zügig nach oben angepasst werden, damit die Büros wieder auskömmlich wirtschaften können. „Momentan wird ein Preiswettbewerb veranstaltet, obwohl wir einen Leistungswettbewerb bräuchten“, sagt Lenz. Bei Vergaben sei durch die strengen Vorgaben ein Unterbietungswettbewerb entstanden, der zulasten der Qualität gehe.

Das Land sieht keinen Handlungsbedarf

Seine Forderungen hat Lenz auch an Wirtschaftsminister Volker Wissing (FDP) gerichtet, allerdings sieht dessen Ministerium derzeit zum Teil keinen Handlungsbedarf, zum Teil aber auch keine rechtliche

Handhabe. Die HOAI-Mindestsätze müssen auf Bundesebene ohnehin neu geregelt werden, nachdem der Europäische Gerichtshof am 4.

Juli 2019 die bisherige Regelung gekippt hatte. Diese Neuregelung ist gerade in Planung – auch unter Beteiligung der Kammern, wie eine Ministeriumssprecherin mitteilte.

Was den Vergabe-Schwellenwert angehe, so habe das Ministerium in der Corona-Hochphase von März bis Ende Juni die Schleusen weit geöffnet: In dieser Zeit durften Aufträge bis zum EU-Schwellenwert von 214 000 Euro direkt vergeben werden, sofern sie unmittelbar mit der Pandemie-Bekämpfung zu tun hatten. „Damit hat Rheinland-Pfalz die Grenze des rechtlich Möglichen ausgereizt.“

Eine Verlängerung der Maßnahme sei europarechtlich „nicht vertretbar“ und auch nicht nötig. Denn das Verga-

beverfahren bis zum Schwellenwert 214 000 Euro sei schon jetzt „zügig und bürokratiearm“, weil die öffentliche Hand nur drei Angebote braucht, um ausschreiben zu können. Im Übrigen sei eine Direktvergabe auch für die Unternehmen nicht nur von Vorteil, weil der „faire und diskriminierungsfreie Zugang zu öffentlichen Aufträgen“ damit ausgehebelt werde.

Höhere Schwelle hilft Baukonjunktur

Lenz verweist hingegen darauf, dass eine höhere Schwelle der gesamten Baukonjunktur helfen würde. Zwar haben viele Kommunen die vergangenen Monate genutzt, um alte Projekte abzuwickeln. Allerdings werde das auf Dauer den Corona-Ausfall nicht kompensieren und die meisten Ingenieur- und Planungsbüros hätten keine Rücklagen. Wenn jetzt Planungsleistungen nicht zügig vergeben werden, könnten große Infrastruktur- und Bauprojekte ins Stocken geraten, „die Folgen wären verheerend. Die Ingenieure brauchen jetzt politische Stützen.“



Horst Lenz

Archivfoto: hzb/Schäfer